

PRESSEMITTEILUNG

DGB: 2019 muss Jahr für ‚Gute Arbeit‘ in Thüringen werden

Frankfurt/Erfurt, 04. Januar 2019

Anlässlich der heutigen Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen der Bundesagentur für Arbeit für Dezember 2018 sagt Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen:

„Das Jahr 2019 soll das Jahr für Gute Arbeit werden. Die Wirtschaftslage in Thüringen gestaltet sich nach wie vor positiv, der Arbeitsmarkt ist immer noch robust. Dennoch geht diese Entwicklung an vielen Beschäftigten vorbei. Bisher ist es nicht gelungen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse wirksam einzudämmen. Es ist an der Zeit, dass die anhaltend gute wirtschaftliche Lage in 2019 endlich auch bei allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ankommt.“

Einzelne punktuelle Verbesserungen für die Beschäftigten seien zwar erkennbar, aber „prekäre Beschäftigung insgesamt muss durch ein Maßnahmenbündel zurückgedrängt werden“, so Rudolph. „Zuerst muss bei den Löhnen angesetzt werden. Es kann nicht sein, dass jemand, der in Thüringen arbeitet, im Schnitt 24 Prozent weniger verdient, als Beschäftigte in Westdeutschland. Das ist schlichtweg Lohnraub und mit nichts zu rechtfertigen! Um dieses Problem zu lösen müssen in erster Linie mehr Betriebe in die Tarifbindung. Viele Arbeitsgeber verweigern ihren Beschäftigten seit Jahren den Tariflohn. Hier muss auch der Arbeitgeberverband seine Politik überdenken und Betrieben eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung verweigern.“

Zudem muss auch bei den Arbeitsbedingungen angesetzt werden: Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen muss abgeschafft werden, Kettenbefristungen müssen ein Ende haben. Der Missbrauch von Werkverträgen, bei dem sich Arbeitgeber ihrer Verantwortung für die Beschäftigten entziehen, muss ebenfalls gestoppt werden, weil er verheerende Folgen – sowohl für die Betroffenen, als auch für den Arbeitsmarkt insgesamt – hat.“

Akuten Handlungsbedarf sieht der DGB Hessen-Thüringen zudem bei den Minijobs: „In Zeiten fehlender Fachkräfte sind Minijobs einfach nicht mehr zeitgemäß. Der Gesetzgeber

Bezirkspressestelle

PM 02

Hanna Hoefl

Pressesprecherin
Presse und Öffentlichkeitsarbeit

hanna.hoefl@dgb.de

Telefon: 069 273005-52
Telefax: 069 273005-55

hh/sd

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt

hessen-thueringen.dgb.de

muss einen Ausstieg aus dem Minijobsystem finden und diese in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln. Minijobs sind eine direkte Rutschbahn in die Altersarmut – insbesondere für Frauen. Daher muss die Rentenversicherungspflicht gestärkt werden“, so Rudolph.